Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Einundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.

Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 170. **Halle a. d. Saale, Freitag, den 12. April** **1907.**

Zwei Abrechnungen und zwei Reformprogramme.

Der Reichstag erlebte gestern einen sehr ereignisreichen Tag. Die Verhandlungen erhielten schon dadurch allein ein besonderes Gepräge, daß Naumann zum ersten Male sprach. Fünf Wochen hat sich der ehemalige Führer der nationalsozialen Partei in Schweigen gehüllt. Gestern zwang er alle Hörer in den Bann seiner unerreichten Beredsamkeit und ließ im Lande erkennen, daß die Ideen des alten Liberalismus in seinen Ausführungen in moderner Gestalt lebendig und neu erstanden sind. Der gestrige Tag hat gelehrt, welch außerordentlich neues Prestige die Anwesenheit Naumanns im Reichstag dem Liberalismus im Volksleben zu geben vermag. Die tiefe Durchdenkung des sozialpolitischen Problems, die Weite der Gesichtspunkte, von denen Naumann aus die Arbeiterexmanzipationsfrage behandelt, die Folgerichtigkeit seiner Logik und die absolute Sachlichkeit seiner Polemik verliehen ihm auch gestern den unbestrittenen Sieg. Was Naumann freilich über Arbeitsverfassung gesagt hat, — er hat bekanntlich die gleiche Materie schon vor zwei Jahren im Verein für Sozialpolitik, und ausführlich in seiner „Neudeutschen Wirtschaftspolitik" behandelt — das war für den, der mit den Naumannschen Ideengängen vertraut ist, nichts Neues. Es war auch insofern etwas längst Durchdachtes und Bekanntes, als in den Kreisen der liberalen Jugend in den 80er und Anfang der 90er Jahre schon bald schüchtern, bald stürmisch ganz die gleichen Forderungen erhoben wurden. Damals vermochte sich nur die jetzt von Pfarrer Naumann als liberale Grundanschauung vertretene Auffassung von der Umgestaltung der Industrieverfassung gegenüber den zu jener Zeit das kritische Richteramt ausübenden liberalen Parteiführern im Parlament und Presse nicht durchzusetzen. Daß heute die Sachlage eine andere geworden ist, daß der Liberalismus endlich begonnen hat, die Aechtung einer Behandlung dieser Probleme aufzugeben, ja sich zum Wortführer dessen zu machen, was Jahrzehnte hindurch auf das bitterste von ihm bekämpft worden ist, das kann nur mit der größten Freude begrüßt werden. Wie viel weiter wäre der Liberalismus gekommen, wenn er es in den 80er und 90er Jahren nicht für seine Aufgabe gehalten hätte, unter Bekämpfung seiner eigenen Jugend den Ideen der Zeit seine Tore gewaltsam zu verschließen.

Als der Liberalismus damals versagte, begann die Zentrumsära der Sozialpolitik. Mit ihr wurde gestern zunächst abgerechnet. Diese Aufgabe fiel dem Abg. Mugdan zu, der seinen Ausspruch von der „papierenen" Sozialpolitik des Zentrums rechtfertigte. Er betonte, daß die Sozialreform gestockt hat in der Zeit, wo das Zentrum die sozialpolitische Führung hatte. Das Scheitern des Reichsberggesetzes, das Versagen beim Eintreten für die Handlungsgehilfinnen bei den Kaufmannsgerichten, und die Hinausschiebung der Witwen- und Waisenversicherung auf das Jahr 1910 wurden mit Recht auf das Schuldkonto des Zentrums geschrieben. Nun ist eine neue liberale Aera der Sozialpolitik zu erwarten, und es ist nicht zu unterschätzen, daß Abg. Mugdan im Namen der Freisinnigen Volkspartei zu erklären vermochte, daß sämtliche freisinnigen Abgeordneten für die Verallgemeinerung der Tarifverträge und für die in den Resolutionen geforderten Arbeiterschutzbestimmungen eintreten. Ja, er tat den Ausspruch, daß das allgemeine Interesse es verlange die Großindustrie eventuell zum Abschluß von Tarifverträgen zu zwingen. Als Ziel der liberalen Sozialpolitik bezeichnete er es, den sozialen Frieden an die Stelle der wirtschaftlichen Interessenkämpfe zu setzen.

Dies liberale Reformprogramm fand seine sozialwissenschaftliche Durchleuchtung durch die folgende Rede des Abg. Naumann. Erst aber rechnete er, wie es Mugdan mit der früheren regierenden Partei des Reichstags getan hatte, mit jenem anderen Faktor der Gesetzgebung ab, der für den geradezu jämmerlichen Stillstand der Sozialpolitik der letzten Jahre verantwortlich ist, mit dem Bundesrat. Es war in hohem Maße verdienstlich, einmal in vollster Oeffentlichkeit diesen überaus wunden Punkt im politischen Leben der deutschen Nation zu beleuchten, und das Interesse des Volkes auf die eminente Rückständigkeit des Bundesrats, auf seine Nichtbeachtung des Majoritätswillens des Reichstags, kurz und gut darauf zu lenken, daß er diejenige Körperschaft ist, die schuld daran ist, daß die Dinge in sozialpolitischer Hinsicht nicht besser, sondern schlechter geworden sind. Wäre es nach dem Bundesrat gegangen, so hätte man das deutsche Volk „beglückt" mit einem Zuchthausgesetze und der den gleichen Polizeigeist atmenden Berufsvereinsvorlage. Für das Zustandekommen von wichtigen sozialpolitischen Gesetzen, für die im Reichstag seit langen Jahren eine Majorität vorhanden ist, hat der Bundesrat nichts getan, so nicht für ein freiheitliches Reichsvereinsgesetz, für ein Berufsgesetz ohne Polizeicharakter, für eine gesetzliche Sicherung des Koalitionsrechts, für den Zehnstundentag der Fabrikarbeiterinnen, für ein Privatbeamtenpensionsgesetz, für die Regelung der Heimarbeitsfrage und der Frage der Wohnungsreform.

Als Angelpunkt der Sozialpolitik bezeichnete Naumann das freie Koalitionsrecht und er verlangte dessen behördliche Sicherstellung. Damit knüpfte er an die besten Zeiten des Liberalismus an. Er legte in großzügiger Weise dar, daß Arbeitskammern erst dann wirkliche sozialpolitische ausgleichende Arbeit leisten können, wenn die Arbeitnehmer und Arbeitgeber vorher jeder für sich in gesetzlich geregelter Weise sich zu Organisationen, zu einheitlichen Willensorganen (Arbeiter- bezw. Unternehmerkammern) zusammengetan haben. Treffend geißelte er, wie der Bundesrat an allen möglichen nebensächlichen Arbeitsgebieten sozialpolitisch herumdoktort, ohne dafür zu sorgen, daß in der Großindustrie sozialpolitisch Ordnung geschaffen wird. Er empfahl hierzu den Weg der Begründung einer modernen Industrieverfassung, damit aus den Industrieuntertanen von heute freie Industriebürger werden.

Diesem Naumannschen Sozialprogramm gegenüber wartete Graf Posadowsky mit einem Programm der Regierung auf, dessen Hauptpunkt das freie Vereins- und Versammlungsrecht sein soll. Man wird es abwarten müssen. Zugleich suchte er aber das angebliche Uebermaß sozialpolitischer Forderungen für die Hemmung der Sozialpolitik verantwortlich zu machen. Das ist ihm aber keineswegs gelungen. Der Grund, daß es in Deutschland nicht vorwärts geht, liegt allein in dem so mattherzigen Mißtrauen des Bundesrats in die Arbeiterorganisation, in der Nervosität der Regierungen, die bei jedem freimütigen Wort und freiheitlichen Hauch erst eingehende Erwägungen anstellen müssen. Daß die Regierungen aber infolge ihres Schwachmuts immer mehr von der Großindustrie, von der Kartellgroßmacht in das Schlepptau genommen und zum Bannerträger einseitiger Interessen gemacht werden, die sich gewiß einmal gegen die Regierungen selbst durchzusetzen suchen werden, das dürfte Naumann dem deutschen Volke gestern klar gemacht haben. Der Ruf nach freier Industrieverfassung wird aus dem politischen Leben Deutschlands nicht wieder verschwinden.

F. W.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Prinz Heinrich von Preußen ist gestern von Genua nach Deutschland abgereist.

Erweiterung des Koalitionsrechts.

Die drei freisinnigen Fraktionen des Reichstags haben zur zweiten Beratung des Reichsamts des Innern folgende Resolution eingebracht:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die dem Koalitionsrecht noch entgegenstehenden Beschränkungen beseitigt und insbesondere I. den § 152 der Gewerbeordnung dahin ändert, a) daß derselbe nicht nur auf Erlangung besserer, sondern auf Erhaltung bestehender Arbeits- und Lohnverhältnisse Anwendung findet, b) daß sich die entsprechenden Verabredungen und Vereinigungen nicht nur auf die individuellen Interessen der sich Verabredenden oder Vereinigenden, sondern auch auf die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen, sowie auf Veränderungen der Gesetzgebung richten dürfen; II. den § 153 der Gewerbeordnung dahin erweitert, daß zugleich mit dem Mißbrauch des Koalitionsrechtes auch die rechtswidrige Verhinderung am gesetzmäßigen Gebrauch unter Strafe gestellt wird.

Kommunaler Konflikt in Kassel.

Gegen die beschlossene Erhöhung der städtischen Einkommensteuer von 100 Proz. auf 110 Proz. erhob der Regierungspräsident Einspruch, weil er der Ansicht ist, daß durch Erhöhung der Gewerbesteuer und durch Einführung einer Wertzuwachssteuer der städtische Haushalt ohne Erhöhung der Einkommensteuer balanciert werden könne. Der Magistrat erklärte gestern abend in der Stadtverordnetenversammlung, daß dies ausgeschlossen sei und daß ein entsprechender Bescheid dem Regierungspräsidenten übermittelt worden ist.

Der Massenstreik im Berliner Baugewerbe

erscheint unvermeidlich. Gegen 5000 Maurer des Zentralverbandes waren Mittwoch abend in der „Neuen Welt" in Berlin versammelt. Es wurde über den Ausgang der Verhandlungen mit den Arbeitgebern vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts Bericht erstattet. Die Stimmung in der Versammlung war sehr kriegerisch. Ein definitiver Beschluß wurde noch nicht gefaßt. Die entscheidende Abstimmung soll erst heute erfolgen. Gestern fand in der gleichen Angelegenheit eine außerordentliche Generalversammlung der Zimmerer und heute findet eine solche der Bauhilfsarbeiter statt.

Die erste Aussperrung im Baugewerbe ist inzwischen bereits Mittwoch abend erfolgt. Mehr als 1000 Dachdeckergesellen, die in 220 Betrieben beschäftigt waren, sind Mittwoch abend entlassen worden. Die Hilfsarbeiter sind nicht mit ausgesperrt worden und arbeiten vorläufig weiter. Diese werden am Sonntag zu der Aussperrung der Gesellen Stellung nehmen.

Noch kein Ende des Streiks im Leipziger Schneidergewerbe.

Nachdem die Arbeitgeber im Schneidergewerbe in Leipzig die Aussperrung aufgehoben haben, haben die im Herrenschneidergewerbe angestellten Gehilfen zwar gestern mittag die Arbeit wieder aufgenommen. Der unter den Damenschneidern und Schneiderinnen ausgebrochene Streik dauert jedoch fort, die Zahl der Streikenden hat sich sogar noch vermehrt. Mittwoch abend bestand auch unter den Herrenschneidern die Absicht, mit den ausständigen Damenschneidern trotz des Friedensschlusses in einen Solidaritätsstreik zu treten. Nach einem gestern vormittag gefaßten Beschlusse standen sie jedoch davon ab.

„Lassalle-Brause" und „Freiheitsblümchen".

Um den Genossen das Mineralwasser recht mundgerecht zu machen, annoncieren zur Zeit verschiedene Mineralwasserfabrikanten in sozialdemokratischen Parteiblättern eine Art Brauseliminade als „Lassalle-Brause" und „Freiheitsblümchen". Das Flaschenetikett ist obendrein mit dem Bildnis Lassalles geschmückt. Falls nun nicht bald ein „Bebel-Kümmel" oder „Mehring-Schnaps" eingeführt wird, wird schließlich jeder zielbewußte Genosse noch Antialkoholiker.

Parlamentarisches.

— Im Reichstage brachten die Abgg. Brandys (Pole) und Genossen eine Resolution ein, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, tunlichst bald eine Untersuchung veranstalten zu lassen über die Arbeitsverhältnisse in Eisen-, Blei- und Zinkhütten, sowie in Hochofen-, Walzwerken und ähnlichen Betrieben.

Lohnbewegung.

— Der Streik der Leipziger Landschaftsgärtner hat nach achttägiger Dauer sein Ende gefunden. Wie vorauszusehen war, haben die Gehilfen, die sich gerade die günstigste Zeit für den Lohnkampf ausgesucht haben, vollen Erfolg gehabt und ihre sämtlichen Forderungen durchgesetzt.

Deutscher Reichstag.

(Schluß des Berichts der Morgen-Ausgabe.)

Abg. **Naumann** (frs. Vgg.): Die Abgeordneten Trimborn und Bassermann haben gestern in ihren ausführlichen Darlegungen über Sozialpolitik von der relativen Unfruchtbarkeit der vergangenen Periode gesprochen, und ebenso ist Herr Mugdan auf dasselbe Problem eingegangen. Woher kommt es, daß in einer Zeit, wo die Fülle sozialpolitischer Pläne, Ideen, Anregungen und Debatten Legion ist, wo in Gewerkschaften, in Berufsvereinen aller Art, in Literatur überall die sozialen Dinge in einer Weise behandelt werden, wie kaum aus der anderen geistigen kulturellen Sphäre, der positive Jahresertrag auf diesem Gebiete seit Jahren so minimal ist, wie es sich durch eine einfache Zusammenstellung der wirklichen Gesetzgebung im Deutschen Reiche ergibt? Als Ursache dieses Mißverhältnisses erscheint in einer gewissen Hinsicht die unharmonische Art und Weise, in der sozialpolitische Anträge und Wünsche von den Parteien an den Reichstag gebracht werden und nach Lage der Dinge wohl auch gebracht werden müssen. Es ist nicht zu vermeiden, daß diese Anträge zu einem gewissen Wettkampf der Parteien unter sich führen. Aber eben dadurch wird der Bevölkerung eine Tatsache verdeckt, die umgekehrt wichtig sein würde, wenn die Bevölkerung im ganzen sie faßte, nämlich, daß es trotz der Verschiedenartigkeit der vielen Einzelanträge eine sozialpolitische Mehrheit im vergangenen Reichstage gegeben hat und ebensogut im jetzigen Reichstage gibt, die in ihrer Weise ebenso geschlossen ist wie auf anderen Gebieten die nationale Mehrheit für patriotische ähnliche Dinge. Hinter all diesen Einzelanträgen liegt doch ein genau zu formulierendes Quantum sozialpolitischen Willens, sozialpolitischer Tendenz, die einheitlich als Majoritätswille formuliert werden kann. Professor Franke hat früher in der sozialen Praxis versucht, dieses Quantum festzustellen. Es scheint ganz fest zu sein, daß für ein freiheitliches Reichsvereinsgesetz, für ein Berufsvereinsgesetz ohne Polizeicharakter, für eine gesetzliche Sicherung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, für den Zehnstundentag der weiblichen Arbeiterinnen in den Fabriken und für ein Pensionsgesetz für Privatbeamte unter allen Umständen die Majorität vereinigt ist (Sehr richtig!), daß auch auf dem Gebiete der Heimarbeit und wahrscheinlich auch auf dem der Wohnungsfrage sich ein Mindestmaß von dem herausstellen wird, was von derselben Majorität vertreten wird. Wenn man deshalb in der Bevölkerung sehr vielfach dem Reichstag die Schuld beimißt, wenn wir keinen festen sozialpolitischen Kurs haben und keine Fortschritte machen, so scheint nur festzustehen, daß nicht der Reichstag daran schuld ist (Hört, hört! und sehr wahr!), sondern daß der andere Faktor des Deutschen Reiches der schuldige Teil an dieser Unfruchtbarkeit ist (Lebhaftes sehr richtig!), nämlich der Bundesrat. Wenn der Abg. Trimborn gemeint hat, der Vertreter des Reichsamts des Innern ist keineswegs nicht schuldig, sondern andere Faktoren, so sage ich von meinem Standpunkt aus, das ist eine interne Angelegenheit des anderen Faktors der Gesetzgebung. (Sehr gut!) Die Tatsache, mit der die auf Sozialpolitik wartende Bevölkerung zu tun hat, ist einfach die, daß der Reichstag eine sozialpolitische Majorität hat, daß aber der Bundesrat nicht gesonnen ist, auf den Willen dieser Majorität einzugehen. (Lebhaftes Hört, hört!) So sehr wir alle bereit sein werden, die persönlichen hohen Vorzüge des Vertreters des Reichsamts des Innern dankbar anzuerkennen, so kann doch diese Anerkennung keine Entschädigung für den unbeachteten Majoritätswillen des Parlaments sein. (Sehr richtig!) Denn wenn man an irgendeiner Stelle die Schwäche des Parlamentarismus in Deutschland handgreiflich vor sich haben will, so ist es eben diese sozialpolitische elementare Tatsache, daß es seit langem eine Majorität gibt, die von Jahr zu Jahr referierend und bittend immer wieder an denselben Bundesrat die Anträge stellt. (Lebhaftes Sehr richtig!) Das liegt daran, daß das ganze Machtverhältnis zwischen den beiden Faktoren der Gesetzgebung so ungleich verteilt ist. Wenn die Majorität des Bundesrats ihrerseits eine gewisse Gesetzgebung für lebensnotwendig hält, so appelliert sie von einem gewesenen Reichstag an einen neuen Reichstag. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Es ist aber der Majorität des Reichstags versagt, im gleichen Falle von einem Bundesrat an einen anderen Bundesrat zu appellieren. (Stürmische Heiterkeit.) Daran liegt es, daß die Sozialpolitik in Deutschland nicht vorwärts kommt. Es ist notwendig, der Bevölkerung dieses Verhältnis eindringlich klar zu machen. Auf die Frage, worauf dies zurückzuführen ist, ist zunächst gesagt worden, die Arbeitskräfte im Reichsamt reichen nicht aus. Das mag vom Standpunkte der arbeitenden Einzelbeamten im Einzelmoment durchaus richtig sein, aber als Erledigung dieser Frage im ganzen ist er absolut unrichtig. Wer wird unbedingt notwendige neue Schiffsbauten auf die Dauer hinausschieben, weil es an Arbeitskraft fehlt? Da heißt es: es muß gemacht werden, die Werft muß erweitert werden usw. Wer davon überzeugt ist, daß die kaiserlichen Erlasse zutreffen, die uns die Sozialpolitik im ganzen als notwendig und dringlich dargestellt haben, der muß mir auch glauben, daß die notwendige Erweiterung der Arbeitskräfte für dieses Gebiet kommen muß. Und außerdem: in dieser Quantität von Forderungen, die als Einheitsbesitz der Majorität des Hauses zu gelten hat, sind Sachen dabei, die längst keine großen und neuen Vorarbeiten mehr brauchen. (Sehr richtig!) Beispielsweise das Reichsvereinsgesetz! (Sehr gut!) Nun gibt es ein einfaches Mittel, den Bundesratsvertreter von Württemberg zu bitten, das dortige Vereinsgesetz hier vorzulegen. (Heiterkeit. Sehr gut! Exzellenz v. Schicker nickt lebhaft mit dem Kopf.) Es sind wenige Paragraphen. Dieses

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070412020/fragment/page=0001

Gesetz ist fertig vorhanden. Die Majorität ist fertig vorhanden. § 152 und § 153 der Gewerbeordnung, die strafrechtliche Verfolgung, wenn jemand einen Staatsbürger hindert, einem Vereinsverein anzugehören, das sind die einzigen Dinge, die hier verwirklicht sind. Umständlich ist immer nur unliberale Gesetzgebung (Sehr gut!), denn die hat ihrer Natur nach den Charakter, daß Ausnahmebestimmungen und Einschränkungen übereinandergebaut und ineinandergeschachtelt werden. (Sehr richtig!) Liberale Bestimmungen sind Bestimmungen, die für jeden Staatsbürger einfach gelten und daher ihrer Natur nach einen gewissen Charakter der Durchsichtigkeit und Einfachheit haben. (Sehr richtig.)

Es ist aber sicher nicht im letzten Grunde dieses formale Element der notwendigen Arbeit, was den Bundesrat hindert, der sozialpolitischen Majorität des Reichstages entgegenzukommen, sondern es sind sachliche Gründe, die mit dem Wesenscharakter der ganzen sozialpolitischen Periode zusammenhängen, in der wir stehen. Als den Charakter dieser Periode bezeichne ich das Doppelverhältnis. In der Zeit, wo die Großindustrie in Deutschland in ungeahnter Weise wächst und sich ausdehnt, in einer Zeit, wo die syndikatsmäßige Zusammenfassung der großen und schweren Industrien die gewaltigsten Fortschritte macht, wo die Fusionierung der großen Unternehmungen die Führung des Arbeitsprozesses in immer weniger wirklich führende Hände hineindrängt, kurz, in demselben Zeitpunkt, wo Deutschland erst eigentlich und vor allem in seiner großen und Halbfabrikationsindustrie ein großes industrielles Land ist — in dieser selben Zeit haben wir eine Sozialreform, die an sich dankenswert, eifrig und gut ist, aber fast fortwährend fast immer nur auf den Außenforts dieser Volkswirtschaft bewegt. Denn die eigentliche Zentralfrage dieser Sozialpolitik, die Frage der Arbeitsverfassung der Großindustrie, die ist es, die von der Sozialpolitik in dieser Periode nicht in Angriff genommen wird. Als die kaiserlichen Erlasse von 1890 kamen, da wurde dies Problem, daß es sich um großindustrielle Verhältnisse handelt, zunächst klar herausgebracht. Es war der erste große Ruck der Arbeiterschutzgesetzgebung in das Gebiet der Großindustrie hinein. Wenn wir aber das ansehen, was in den fast 10 Jahren, in denen Graf Posadowsky das Reichsamt des Innern sozialpolitisch vertritt, geschehen ist, so scheint mir das Wesentliche zu sein, daß jene Grundlage der Arbeiterschutzgesetzgebung, die in der vorhergehenden Periode gelegt ist, in einer durchaus erfreulichen und anerkennenswerten Weise ausgebaut worden ist auf Gebiete, die vorher von der Sozialreform nicht erfaßt waren, die seemännische Bevölkerung, die kaufmännischen Angestellten, Gebiete der Landwirtschaft und es ging bis an den Kindern. Das, was das eigentliche Zentrum der Sozialpolitik ist, eben jene Frage der Arbeitsverfassung in der zentralisierten Großindustrie, das ist liegen geblieben in dieser Zeit. Bleibt also: das Rad der sozialpolitischen Arbeit ist dreimal an der Großindustrie vorbeigegangen. Zuerst bei der Zuchthausvorlage, dann bei der Frage, ob die Arbeiterausschüsse in den Bergwerksindustrien vom Reichstag oder vom preußischen Landtag zu verlangen seien, und zuletzt bei der Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Das Gemeinsame im Charakter dieser drei Vorkommnisse, wo sich Entwürfe der Reichsregierung mit dem eigentlichen Kernproblem der Sozialpolitik beschäftigten — da sind zwei davon verflossen und einer vom Landtag erledigt — ist bei allen dreien das Mißtrauen gegen die organisatorische Kraft und Leistung der Arbeiter. Denn woher kommt jene Ueberladung mit polizeilichen und anderen belastenden Vorschriften in dem Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine als aus demselben Mißtrauen heraus, aus dem heraus erst die Formulierung der Zuchthausvorlage kam. (Sehr gut!) Das ist eben die Kernfrage zuletzt, ob jenes tiefe, sachliche Mißtrauen, das der Bundesrat offenbar der Organisation der Arbeiter gegenüber hat, auf die Dauer festgehalten werden kann. Es hat sich die Organisation der Arbeiter, auch ohne daß die Gesetzgebung den Weg eigentlich freigemacht hat, ganz von selbst durchgedrückt in fast allen kleineren Betrieben. Sowohl im Handwerk wie in den kleinen und mittleren Industrien, den Industrien der Fertigfabrikation, existiert an sich die gewerkschaftliche Bewegung als ein Faktor, der längst über die §§ 152 und 153 durch sein Dasein praktisch hinweggeführt hat. Es haben sich unsere Handwerker längst daran gewöhnen müssen, daß sie mit den Arbeitern unterhandeln müssen, und sie haben gesehen, daß es geht; und es haben auch alle Industrien, die im begrenzten Umfang irgend eine fertigschaffende Tätigkeit haben, sich mit demselben Zustand, oft unter Reibungen und Schwierigkeiten, aber doch praktisch abfinden müssen und in Wirklichkeit fehlt heute die freie Organisation der Arbeiter nicht dort, wo jene zahlreichen Tarifverträge vorhanden sind, nicht im Gebiete der Kleinbetriebe, sondern dort fehlt sie, wo die eigentlich moderne Form der großen Masse der Industrien zu finden ist. Ich oftere Stelle ist die Freiheit am geringsten. Da, wo die einzelnen Unternehmer am ehesten klagen und fragen möchten: Wie halte ich es aus, mit den organisierten Arbeitern mich zu verständigen, da hilft ihnen kein Mensch davor, da heißt es: Siehe da selbst zu, wie du damit fertig wirst! sondern die ganzen Hemmnisse der Gesetzgebung gegen die Organisation der Arbeiter kommen in Wirklichkeit nur da zum Ausdruck, wo große konzentrierte Betriebe sind. Da wird das wirtschaftliche Grundrecht, das moderne Menschen sich dazu assoziieren und die Lebensverhältnisse bessern, dieses elementare Grundrecht, auf dem die ganze Entwickelung sozusagen aufgebaut ist, nicht anerkannt. Was will man denn vom Staatsgedanken aus den Arbeitern sagen, die zwar das Koalitionsrecht haben, denen aber niemand hilft, wenn ihnen das Koalitionsrecht genommen wird? Was will man ihnen von Staats wegen sagen? Die alte Theorie der liberalen Epoche: Einzelmensch, du bist ein wirtschaftliches Subjekt (Sehr gut!), als Einzelmensch kannst du deine Arbeitskraft verkaufen, so gut wie du willst! Das ist die Grundlage der Gewerbeordnung von 1869! (Hört, hört! Lebhafter Beifall im Zentrum und links.) Wo ist denn heute der Einzelmensch, der seine Arbeitskraft an ein Bergwerk verkaufen kann und fragen kann: zu welchen Bedingungen? Da heißt es einfach: ein Platz ist frei — ein Platz für eine Nummer ist frei! (Lebhafte Zustimmung. Hört, hört! im Zentrum.) Das ist kein Vorwurf, sondern das liegt in der ganzen industriellen Entwickelung leider. Aber was gibt es dann, was man heute dem einzelnen sagen kann, wenn nicht hinter dem elementaren Recht der freien Organisation die gesetzliche Strafbarkeit dessen steht, der es kurzt? So lange ist es ein unfertiges Recht, in es ein Recht, an das man nicht appellieren kann. Heute gibt es nicht mehr den Arbeitsvertrag des einzelnen in den Großindustrien, sondern gibt es entweder den Kollektivvertrag oder überhaupt keinen. Und darum ist die Ermöglichung des Kollektivvertrages die einzige wirkliche positive Wirtschaftsordnung, die man innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaft machen kann denen, die in dem System der Großindustrien drin sind. Und es scheint mir, daß das ganze Problem der Organisation der Arbeit in den Großindustrien darin liegt: jeder Ausbau von weiter oben wird immer wieder an dem Mangel eines Unterbaues auseinandergehen. Wenn beispielsweise die Arbeitskammern verhandelt werden sollen, für die wir eintreten, so bedeuten diese doch im Aufbau einer gewerblichen Verfassung bereits ein sehr fortgeschrittenes Glied. Wenn vorher eine Unternehmerkammer auf der einen und eine Arbeiterkammer auf der andern Seite da wäre, dann stellt sich jene viel erörterte Streitfrage, ob man Arbeiterkammern oder Arbeitskammern haben soll, einfach so dar: Zunächst die Organisierung der Interessengruppen für sich. (Sehr richtig!) Von da aus kann man dann die Verbindungsmöglichkeit gesetzlich schaffen. Wenn wir aber jetzt, ehe wir Arbeiterkammern haben, über Arbeitskammern verhandeln sollen, so wird sich vermutlich ergeben, daß schon die Frage der Beleuchtung dieser Kammer solche Komplikationen herbeiführt, daß die Gefahr sehr groß ist, ein nützlicher Bauer verdient mit einem Entwurf über Arbeitskammern ähnlich wie ein vorhergehender mit einem Entwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, weil man beides nicht aufbauen kann ohne jenen Unterbau, der vorher da sein muß. Und auch das, was man Arbeiterkammer nennt, also die entsprechende Formation für den Arbeiter, wie sie in den Handels- und Handwerker- und Landwirtschaftskammern für andere Volksgruppen ist, setzt doch voraus, daß der organisierende Trieb, im Gewerbe arbeiten zu wollen, auch in der Gestaltung des Gewerbes arbeiten zu wollen, in den Einzelsubjekten dieser Gruppe bereits erweckt worden ist. Wenn Sie eine Arbeiterschaft haben, die von keiner gewerkschaftlichen Arbeit berührt und durchgearbeitet worden ist, so können Sie mit ihr alles das nicht machen. Gewiß, man kann sie in jeden Ausschuß hineinsetzen, in jede Arbeitskammer, aber es ist doch nichts drin (Sehr wahr!)

Was hätten Sie dann in solchen Arbeitskammern? Keine Arbeitskraft, keinen Verstand, keine Elastizität! Denn alle jene Elemente wachsen erst durch die freie Organisierung. Daher gibt es nichts anderes, das hier helfen könnte, als jenes Urelement, daß man zu allererst jene Koalitionsfreiheit sichert; es muß unmöglich gemacht werden, daß gerade auf dem Gebiet der entscheidenden Industrien die Arbeiterverbände entweder überhaupt verhindert oder auf einem so niedrigen Niveau gehalten werden, daß nichts Rechtes dabei herauskommen kann. Es entsteht also für uns die Notwendigkeit, den Ausbau einer nach oben liegenden Industrieverfassung von Grund auf in Angriff zu nehmen, und zwar durch die Durchführung der alten liberalen Forderung der Sicherung der Koalitionsfreiheit. Stufe für Stufe muß der Bau weiter in die Höhe gehen bis zu seiner Krönung durch den Industrieparlamentarismus zu jenem System der Mitwirkung der Angestellten und Arbeiter an der Arbeitsverfassung der Industrie im ganzen. Daß dieses Problem heranrückt, daß wir um nicht ausweichen können, davor können wir doch unmöglich die Augen verschließen. Wir können doch nicht dauernd Sozialpolitik treiben — so schätzenswert die einzelnen Reformen auch sind — auf den Stellen, auf denen die Zukunftsentwicklung der Industrie in Deutschland nicht beruht. (Sehr wahr!) Die industrielle Arbeit muß zur gewollten Eigenarbeit der arbeitenden Personen selbst werden. Bis dahin müssen wir die Frage wenigstens durchdenken. So gut vor hundert Jahren die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung den Landmann mit der Parole befreite: Du mußt deine eigene Sache zu treiben haben, dann wirst du ein anderer Mensch sein, so besteht auch in der Industrie die Frage, ob es die Möglichkeit gibt, verfassungsmäßig im Laufe der Jahre einen Zustand herbeizuführen, wie er im Staatswesen im Laufe der letzten hundert Jahre eingetreten ist, wo aus Untertanen Bürger gemacht sind. So heißt es auch für die Industrie aus Industrieuntertanen Industriebürger zu gestalten. Und dieses Problem in seinen Anfängen ist eben die Koalitionsfreiheit.

Hier setzt das Gebiet ein, von dem ich noch mit wenigen Worten zu sprechen habe. Daß die Organisation der Arbeiter nicht die Beseitigung des autoritären Prinzips im Betrieb an sich sein kann, ergibt sich daraus, daß auch nicht-demokratisch angelegte Organisationen der Arbeiter vorhanden sind. Es wird also immer dasselbe Problem wie im Staat auch in der Industrie vorhanden sein, aber es wird für die Industrie dasselbe mitreden, was wir im Staatsleben haben, daß die ganze Elastizität der nationalen Kraft um so viel gewonnen hat, als es möglich geworden ist, das Interesse der einzelnen Bürger dem Staatsganzen zuzuführen. Welches sind jetzt die Staaten, deren Existenz am ruhigsten dingebt? Doch schließlich diejenigen, in denen liberale Gesinnung am meisten im Volke zur Geltung kommt und deren Verfassung am liberalsten durchgebildet ist. (Sehr richtig! links) nicht aber diejenigen, wo man das zweite Prinzip neben der Autorität, die Mitwirkung der Bevölkerung am Gemeinwesen, am wenigsten beachtet. (Sehr richtig! links.) Dieselben Grundsätze, die wir in der Geschichte des Staatslebens erfahren haben, gehören ebenso in die Geschichte des Wirtschaftslebens. Damit ist auch die Frage beantwortet, ob der Staat bei diesem Prinzip eine Gefährdung seiner Ordnung zu besorgen hat. Wer sind denn im Staate die gefährlichen Menschen? Die, welche hoffen können, oder die nichts zu hoffen haben? Doch wohl die letzteren. Und diese Organisation auf dem Boden der Freiheit öffnet der geordneten Hoffnung die Tür und wird unter Umständen in nicht zu ferner Zeit dem Staat eine Hilfe werden bei der großen und schweren Auseinandersetzung, der er entgegengeht, mit der Macht der großen Syndikate. Die dritte Ausgabe der Deutschheit, die uns jetzt vom Reichsamt in die Hand gegeben worden ist, über die Organisation des Kohlenkontors und des Kohlenverkaufssyndikats hat uns einen neuen Beweis gegeben, in wie kurzer Zeit sich doch die größten industriellen Quantitäten zur Masse zusammenfügen. Es entstehen Stellen, welche die Produktion in viel größerem Maße regeln, als früher überhaupt für möglich gehalten wurde. (Sehr richtig! links.) Gerade dieser Augenblick, wo das Mitglied des Hauses, der Abg. Aner, aus seiner langen tadelnden Tätigkeit abberufen worden ist, erinnert an die Debatten in der Mitte der neunziger Jahre, in denen dieser eine, auch anderen als seinen Parteigenossen unvergeßliche Rede gehalten hat. In jener Debatte über die Frage des zukünftigen Staates hieß doch die Fragestellung: Ist es möglich, daß die Produktion im ganzen geregelt werde? Den Sozialdemokraten wurde eingewendet: das ist eine Illusion. Heute lesen wir das Wort „Regelung der Produktion" in der Denkschrift des Reichsamts des Innern über die Kartelle, wir lesen es in jedem Bericht — soweit Berichte in die Oeffentlichkeit kommen — über die Versammlungen der Syndikate und Kartelle. Das, was als Marxismus, teils als Illusion und teils als brutaler Angriff gegen die gegenwärtige Gesellschaft früher gebrandmarkt wurde, ist heute in der Verwirklichung begriffen von Händen, die seinere Handschuhe haben als die Hände, die es zunächst aufgreifen wollten. Was der Marxismus beabsichtigte, geschieht nun durch die vereinigten großen Industrien, und dort entsteht eben jene zentrale Machtstellung und eine Steuerfähigkeit, die über die Steuerfähigkeit des Staatswesens hinausgeht. Es wird dem Kohlenkartell verhältnismäßig leichter, 60 Millionen aufzubringen, als es der deutschen Reichsverwaltung wird. (Sehr richtig! und Heiterkeit), und es wird dem Kohlensyndikat und dem Stahlwerkssyndikat verhältnismäßig leichter, hoch bezahlte Beamte sich anzugliedern, als es der Staatsverwaltung wird. Kurz, es ist ein Konkurrenzbetrieb der industriellen Herrschaft neben dem Staatsbetriebe. Und die Machtfrage zwischen den beiden wird vorläufig in Freundlichkeiten nicht öffentlich erwogen. Aber diese Machtfrage rückt weiter heran. Es scheint im Staatsinteresse zu liegen, die Kräfte, die imstande sind, die zentralisierte Macht der Großindustriellen in gemessenen Grenzen zu halten, nicht zurückzustoßen, sondern mit zu stärken. Der Zeitpunkt kann geschichtlich sehr leicht kommen, wo die Staatsregierung ihrerseits gar nicht unzufrieden ist, wenn sie gegenüber der Syndikatsmacht Hilfsmächte hat, die gewisse gemeinsame Interessen haben, jene Mächte nicht übermäßig anwachsen zu lassen. Jetzt heißt es leider: Sozialreform überall, nur nicht dort, wo die eigentliche industrielle Herrschaft nötig ist. Jetzt heißt es: den Uebergang von Industrieuntertanen zu Industriebürgern, selbst wenn er einmal kommen sollte, in ferneste Zukunft hinausschieben, da er in der Gegenwart schwierig ist. Die Majorität des Reichstages für Sozialpolitik tritt ein für jene elementaren Grundforderungen, auf denen sich die Arbeiterverfassung auch in der Großindustrie in der Zukunft aufbaut. Die Majorität im Reichstage ist vorhanden. Was nicht vorhanden ist für diese Arbeit, das ist die Mitwirkung des anderen Faktors in der Gesetzgebung. (Lebh. Beifall links.)

(Die Rede hat im Hause große Bewegung hervorgerufen, die auch noch andauert, nachdem bereits der Staatssekretär Graf Posadowsky das Wort ergriffen hat, so daß sich dieser anfangs zu mühsam Gehör verschaffen kann.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Rede des Herrn Naumann war sehr interessant, sie war gewissermaßen ein philosophisches Programm. In Wirklichkeit sehen aber die Dinge anders aus, als er sie darstellte. Nach Herrn Naumann könnte es den Anschein erwecken, als ob man in anderen Ländern weiter in der Sozialpolitik wäre, als bei uns. Wie ist es nun in Wirklichkeit? In Frankreich demüht man sich seit Jahrzehnten vergebens, ein progressives Einkommensteuergesetz zu schaffen. Bei uns ist es seit langem etwas Selbstverständliches. In England will man jetzt eine Arbeiterversicherung einführen. Ein liberales Mitglied hat dies Gesetz scharf bekämpft, denn es sei der erste Anfang zur Revolution. (Heiterkeit.) Ich meine also, wir können uns in Deutschland noch ganz gut sehen lassen. (Zustimmung.) Ich hätte gern erfahren, wie denn Herr Naumann seine Sozialpolitik praktisch durchführen will, aus seiner heutigen Rede habe ich dieser nicht erfahren. Ueber die Sozialpolitik bestehen die verschiedensten Auffassungen. Für die verbündeten Regierungen besteht die Pflicht, unbeirrt um alle theoretischen Erörterungen, Schritt für Schritt vorzugehen. Heute werden so viele Forderungen mit einem Male gestellt, daß man sie unmöglich durchführen kann. All diese Sachen müssen doch gewissermaßen erst innerlich verdaut werden, sowohl von der Regierung als auch von den Parlamenten. Wenn so viel auf einmal gefordert wird, da kann man sich nicht wundern, daß man im Lande nervös wird und daß wir gar nicht weiter kommen. Wir können nur dann etwas erreichen, wenn wir langsam und systematisch vorgehen. Ich will Ihnen mal das Programm der nächsten Jahre entwickeln. Aus der vorigen Session werden noch wieder eingebracht die Gesetze über die Maß- und Gewichtsordnung, über den Unterstützungswohnsitz und über die Hilfskassen. Neu vorgelegt werden Ihnen Gesetze über die Herstellung von Zigarren in der Hausindustrie, über die Fernhaltung und Unterdrückung von Viehseuchen und über den sog. kleinen Befähigungsnachweis. Dann bin ich vom Reichskanzler beauftragt, ein Vereins- und Versammlungsrecht auszuarbeiten, ich bin bereits damit beschäftigt. Wenn dies Gesetz vorliegt, wird auch damit die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine geregelt. Als ich das Gesetz, das das Verbindungsverbot der Vereine aufhob, im Bundesrat durchbrachte, wie hat man mich damals angegriffen, hier, in der Oeffentlichkeit, und noch in einer anderen Stelle. (Zuruf: Wo denn?) Das ist eine sehr neuartige Frage. (Heiterkeit.) Und doch, was hat dies geändert? Nichts, denn die Vereine standen längst durch Telephon usw. miteinander in Verbindung. Lediglich eine veraltete Gesetzesbestimmung wurde aufgehoben. Man kann überhaupt nicht moderne Volksströmungen durch Gesetze regeln. Wenn ein Vereins- und Versammlungsrecht kommt, kann es nur den modernen Verhältnissen entsprechend ausgearbeitet werden. Herr Naumann, sprach von Württemberg. Aber ein Gesetz für Württemberg ist doch etwas ganz anderes als für das große Deutsche Reich. Vor allen Dingen muß das Vereins- und Versammlungsrecht folgendes enthalten: 1. es muß unter allen Umständen die bürgerliche Ordnung und Sicherheit aufrecht erhalten werden; dies ist nur eine Forderung der Staatsraison; 2. dürfen die Vereine nicht Vereinigungen sein, in denen verbrecherische Handlungen vorbereitet werden. (Unruhe bei den Sozialdemokraten). An diesen Punkten müssen wir unbedingt festhalten. Nun hat man von der Zusammenlegung der drei sozialen Gesetze gesprochen. Wenn wir diese Arbeit vornehmen, so dürfen wir nicht schematisch vorgehen, sondern müssen danach streben, den veränderten Bedürfnissen Rechnung zu tragen und die ganze Gesetzgebung zu vereinfachen. Vor allen müßten wir für einen bessern Unterbau sorgen. Beginnen müßte man mit der Reform des Krankenversicherungsgesetzes, hier müßte man die Heimarbeiter, die landwirtschaftlichen und die Dienstboten mit einbeziehen. Ferner befinden sich noch in Vorbereitung 1. ein Gesetz zum Schutz der Hausarbeiter, 2. Versicherung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten (Feuerwehrleute), 3. Revision des Sonntagsruhe-Gesetzes 4. das Apotheken-Gesetz, 5. eine Revision des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb. All diese Gesetze werden Ihnen vorausichtlich noch im Laufe dieses und des nächsten Jahres vorgelegt werden. Wenn Sie all diese Gesetze sich ansehen, so werden Sie finden, daß dies eine sehr große und umfassende Arbeit ist. Ich möchte Sie deshalb bitten, sich möglichst auf dieses Programm zu beschränken und von der weiteren Stellung von Initiativanträgen abzusehen. (Beifall.)

Abg. Hoch (Soz.): Was der Staatssekretär über das Vereins- und Versammlungsrecht sagte, interessierte uns. Die Begriffe darüber, was die Ruhe und Ordnung erschüttert, sind aber verschieden. Sehr oft hat man schon angenommen, daß die Tätigkeit der sozialdemokratischen Agitatoren die Ruhe und Ordnung verletzten. Jetzt wird den Arbeitgebervereinen vollkommen freie Hand gelassen, sich zu koalieren, gegen die Arbeiterorganisationen geht man aufs schärfste vor. Wenn der Staatssekretär also so für ein freiheitliches Vereins- und Versammlungsgesetz schwärmt, da sollte er doch zuerst mal die Verwaltungsbehörden freiheitlich beeinflussen. Man macht jetzt Sozialpolitik, angeblich um die Arbeiter zu schützen, zugleich will man aber die Interessen der Unternehmer wahrnehmen; das sind zwei Gegensätze, die sich nicht vereinigen lassen. Redner wünscht dann noch, daß die Berichte der Fabrikinspektoren im Wortlaut veröffentlicht würden, daß die Arbeiterschutzbestimmungen dort, wo viele Pole beschäftigt wären, in polnischer Sprache angeschlagen würden und befürwortet die Resolutionen seiner Partei, in denen verlangt wird: Schutzbestimmungen für die Arbeiter in den Walz- und Hüttenwerken und an den Glas- und Feueröfen, Verringerung der Arbeitszeit in den Glashütten, Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter in Robarkit- und Zelluloidfabriken. Redner beklagt sich dann noch darüber, daß die Renten oft entzogen würden und meint, es würden die Versprechungen des Reichskanzlers wohl nicht erfüllt werden, weil die Interessen des Kapitals dagegen wären.

Staatssekretär Graf Posadowsky weist darauf hin, daß von einer allgemeinen Entziehung der Renten keine Rede sein könnte. Dagegen hätten die Revisionen ergeben, daß Renten beziehlich wären, für die alle Voraussetzungen fehlten. Die Beseitigung solcher zu Unrecht zuerteilten Renten sei allerdings in verschiedenen Fällen erfolgt. Aber dies müßte sein und läge auch im Interesse der Arbeiter. Renten dürften nicht erschlichen werden, sonst könnte die Rentenverteilung zu einer Volkskrankheit werden.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Beratung auf Freitag 1 Uhr. Schluß 6¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

(Eigener Bericht der „Saale-Zeitung").

Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung vom 11. April. 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Studt u. a.

Die zweite Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt beim Kapitel Universitäten.

Es werden eine Reihe von Lokalwünschen vorgebracht.

Im Laufe der Besprechung läßt der Präsident v. Kröcher in kurzer Erörterung zur Geschäftsordnung feststellen, daß vor Eintritt in die Einzelberatung des Kapitels „höhere Lehranstalten" die drei vorliegenden Anträge Fritsch (ns.) über die Regelung der Stenographiefrage, Ernst (freis. Vp.) über die Lehrpläne an den Volksschulen und höheren Schulen und Cassel (freis. Vp.) auf die Gleichstellung der Lehrer mit den Verwaltungsbeamten besonders beraten werden sollen.

Abg. Dr. Friedberg (nl.) tritt für eine weitere Ausgestaltung des Unterrichts in der Kinderpflegekunde an den Universitäten ein. Speziell die westlichen Hochschulen zeigten hier noch große Lücken. Er bitte die Unterrichtsverwaltung, den diesbez. Wünschen der praktischen Aerzte im Westen entgegenzukommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070412020/fragment/page=0002

Geh. Oberregierungsrat Naumann gibt dazu wohlwollende Erklärungen, die aber im einzelnen auf der Tribüne unverständlich bleiben.

Abg. v. Schenckendorff (nl.) tritt für bessere Pflege der Leibesübungen an den Universitäten ein.

Abg. v. Heimburg (kons.) richtet einen Appell an wohlhabende Leute, die Universitäten mehr mit wohltätigen Stiftungen zu bedenken.

Das Kapitel Universitäten wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel Höhere Lehranstalten.

Die Beratung beginnt bei dem Antrage Fritsch (nl.) und Gen.: „Die Kgl. Staatsregierung zu ersuchen, den Bestrebungen zur Vereinheitlichung der deutschen Stenographie tunlichst Förderung bezw. Mitwirkung zuteil werden zu lassen."

Abg. Fritsch (nl.) begründet den Antrag. Die preußische Regierung hat im Gegensatze zu Bayern, Sachsen und einigen anderen deutschen Staaten zu der stenographischen Systemfrage bisher nicht Stellung genommen, und auch der vorliegende Antrag will die Regierung dazu nicht drängen; er läßt auch vollkommen die Frage offen, ob die Stenographie in den Lehrplan der höheren Schulen aufzunehmen sei. Diese Frage wird sich von selbst ergeben, sobald eine Vereinheitlichung der deutschen Stenographie erfolgt sein wird. Diese wird jetzt von allen namhaften deutschen Stenographieschulen erstrebt. Die Gabelsbergersche Schule hat sich dahin ausgesprochen, es möge nach dem Vorbilde der Orthographiekonferenz unter Mitwirkung der Regierungen eine Kommission die Aufgabe der Vereinheitlichung der Systeme in die Hand nehmen. Bei der Schule Stolze-Schrey hat dieser Gedanke freudigen Widerhall gefunden, und es hat dann in Eisenach eine von Vertretern aller namhaften deutschen Stenographieschulen beschickte Konferenz getagt, die sich einstimmig auf den Boden dieser Idee gestellt hat. Ein Umstand ist günstig, nämlich daß zwischen dem Gabelsbergerschen System und dem Einheitssystem Stolze-Schrey doch eine gewisse Verwandtschaft besteht. Gegenüber diesen Strömungen ist es Pflicht der Preußischen Regierung, aus ihrer Reserve herauszutreten und Stellung dazu und die Führung zu übernehmen. Bayern, die sächsischen Fürstentümer und Oldenburg haben ein Uebereinkommen getroffen, die Einheitlichkeit der Stenographie aufrecht zu erhalten. Diese Staaten haben Gabelsberger eingeführt, sie haben aber bereits dessen Weiterentwickelung in Aussicht genommen, also auch von ihnen ist der Weg zur stenographischen Einigung betreten. Eine solche Einigung wäre eine kulturelle und nationale Tat. Deshalb hoffe ich, daß die Regierung unserer Anregung folgen wird. (Beifall.)

Eine Reihe von Rednern tritt diesen Forderungen bei.

Kultusminister Dr. v. Studt erklärt, der Streit der Systeme sei noch nicht so weit geklärt, daß er eine brauchbare Grundlage für eine Entscheidung gewähre. Daß nun aber der Schluß gezogen werde, daß die Unterrichtsverwaltung in bekannter Rückständigkeit auch hier zurückhalte, bedauere er sehr. Er könne nicht allein vorgehen, werde aber die anderen Ressorts zu einem einheitlichen Vorgehen zu bestimmen suchen. (Beifall.) Er habe die Unterweisung in Stenographie immer als nützliche und als wichtige Aufgabe betrachtet und wende ihr volle Aufmerksamkeit zu. Es werde ihn freuen, wenn in Uebereinstimmung mit den anderen Ressorts der Zeitpunkt zu einem solchen Vorgehen für geeignet erachtet werde.

Abg. Fritsch (nl.) drückt die Empfindung aus, daß die Regierung die gegenwärtige Situation mißverstanden habe. Es handele sich nicht darum, daß die Regierung zu einem System Stellung nehme, sondern zu den vorhandenen Einheitsbestrebungen. Jetzt sei der Zeitpunkt zum Handeln gekommen, der Moment sei außerordentlich wichtig und drängend; werde er verpaßt, sei er unwiederbringlich verloren. (Sehr richtig.)

Kultusminister Dr. v. Studt erklärt: Ich werde mit vollem Interesse und mit größtem Nachdruck die Sache fördern. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Marx (Ztr.) vermißt eine bestimmte Stellungnahme zu der Einladung einer Stenographenkonferenz. Nach Stolze-Schrey und Gabelsberger seien an deutschen Schulen in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz im Vorjahre 200,000 Personen unterrichtet, im Deutschen Reiche davon allein rund 150,000 Personen.

Der Antrag Fritsch wird einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung Ernst (freis.-Vergg.), Cassel (freis. Volksp.) und Genossen: „Die Kgl. Staatsregierung zu ersuchen: die Lehrpläne der Volksschule und der höheren Lehranstalten in organisatorische Verbindung zu bringen und die bei den staatlichen höheren Lehranstalten noch bestehenden Vorschulen allmählich aufzuheben."

Abg. Ernst (freis.-Vergg.) begründet den Antrag ausführlich mit der Geschichte der Lehrpläne und den Forderungen der Gegenwart. Die Vorschulen seien unsozial. Es werde durch sie der Kostenbildung Vorschub geleistet. Die Volksschule sei jetzt geradezu zur Armenschule geworden.

Ein Regierungskommissar erwiderte, daß ähnliche Anträge schon in den Jahren 1900, 1904 und 1906 das Haus beschäftigt haben. Damals habe man sich aber auf den ersten Teil des heutigen Antrages beschränkt. Die Zahl der Vorschulen sei nun um 20 Prozent in den letzten Jahrzehnten gestiegen, die Zahl der höheren Schulen aber um 64 Prozent. Es würden auch nur diejenigen Vorschulen aufrecht erhalten, deren Einnahmen die Ausgaben decken. Schulgeldbefreiungen an den Vorschulen fänden nicht statt. Beseitige man die Vorschulen, dann werde der Ueberschuß an Schülern doch nicht den Volksschulen, sondern den Privatschulen zugute kommen.

Abg. Dr. Krüger-Marienberg (kons.) meint, wenn man die Vorschule aufgebe, so werde man leicht Ziele in die Volksschule hineintragen, die mit ihr nicht vereinbar sind, und dadurch die Volksschule selbst empfindlich schädigen.

Abg. Rzesnitzek (frk.) begründet des längeren den Standpunkt seiner Freunde, welche zwar für eine organische Verbindung der Lehrpläne seien, aber gegen eine Aufhebung der Vorschulen seien. Die Eltern könnten es da halten, wie sie wollten.

Abg. Hilbck (nl.) führt aus: Nach Aufhebung der Vorschulen würden sich Privatlehrer auftun, die die Kinder auf das Gymnasium vorbereiten. Die Volksschule werde man nicht dahin bringen können, in drei Jahren auf das Gymnasium vorzubereiten. Die Kinder der sog. besseren Bürger könnten aber den Lehrstoff sehr wohl in drei Jahren bewältigen. Müßten sie in die Volksschule, so kämen sie leicht ins Faulenzen. Das sei auch nicht wünschenswert. Für besonders bestähigte Volksschüler habe man an die gehobene Bürgerschule gedacht, mit Recht also ein anderes Ziel aufgestellt. Er bitte, von einer Aufhebung der Vorschule abzusehen.

Abg. Dr. Berndt (nl.) führt aus, daß man in Westfalen mit der Aufhebung der Vorschule außer in Dortmund gute Erfahrungen gemacht habe. Unzegoegenheiten kämen überall vor. Er halte aber das Zusammenunterrichten von Kindern aller Schichten der Bevölkerung für einen wertvollen Gewinn. Er werde für den Antrag Ernst eintreten, wenn er auch den Nachdruck weniger auf das Wort „Aufhebung" als auf das Wort „allmählich" lege. Er wünsche, daß die in Westfalen bestehenden Einrichtungen aus gesundem sozialem Empfinden Erweiterung finden möchten.

Abg. Cassel (frs. Vp.) erklärte sich mit der Begründung des von ihm mitgestellten Antrages Ernst nicht ganz einverstanden. Der Grund für den Besuch der Vorschule sei der Wunsch, ein Jahr Zeit zu ersparen, ein wertvoller Gewinn. Die Verlängerung des Studiums u. a. verschulde es, daß viele Leute viel zu spät in das praktische Leben gelangten. Bei der Aufhebung der Vorschule denke er nicht bloß an die staatlichen Vorschulen. Es müsse sich erreichen lassen, auch in drei Volksschuljahren das Ziel der Vorschule zu erreichen. Man könne ja auch die Anforderungen an die Sexta etwas ermäßigen, wenn das Lehrziel des Gymnasiums dadurch nicht gestört werde. Er bitte den Antrag der Unterrichtskommission zu überweisen.

Abg. Dr. Pittrich-Braunsberg (Ztr.) bemerkt, daß die Volksschule dann eine gute Unterlage für das Gymnasium abgebe, wenn man sie ganz durchmache, drei Jahre aber genügten nicht. Ein so kurzer Aufenthalt verwische sich auch sehr schnell und damit der soziale Gewinn. Die Gymnasiasten und Volksschüler führten bald Kriege mit einander. In Kleinstädten möge ja der Weg des Abg. Ernst empfehlenswert sein, in den großen Städten aber platzten die sozialen Gegensätze so scharf aufeinander, daß man es am besten beim jetzigen Zustande beließe.

Abg. Ernst (frs. Vg.) bestreitet, daß die Aufhebung der Vorschulen eine Mehrbelastung der Volksschulen zur Folge haben würde.

Der Antrag geht an die Unterrichtskommission.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr: Pensionsgesetze, Richterbesoldungsgesetz, kleine Vorlagen und Fortsetzung.

Schluß gegen 5 Uhr.

Ausland.

Mauchamps Beerdigung.

Gestern hat in Châlon-sur-Saone die Beerdigung des in Marrakesch ermordeten Dr. Mauchamp stattgefunden. Der französische Minister des Aeußern Pichon hielt am Grabe eine Rede, in der er sagte, daß Mauchamp als Apostel gelebt habe und gestorben sei. Er habe in Europa, Amerika und Asien Nützliches gewirkt. Sein Streben sei gewesen, Frankreich bei Ausbreitung der Zivilisation in Marokko behilflich zu sein, wo die Nachbarschaft Algiers für Frankreich so starke Motive des Einflusses und des Eindringens schaffe. Mauchamp habe dort sein natürliches Arbeitsfeld gefunden; es habe gegolten, durch Unterricht sowie Förderung des Wohlstandes und der Gerechtigkeit die Bevölkerung zu gewinnen und durch Bekanntmachung mit den europäischen Fortschritten die Eingeborenen zu heben. Von dem an Mauchamp begangenen Verbrechen sei ganz Frankreich betroffen worden. Der Minister erinnerte an die getroffenen Maßnahmen und die Besetzung Udschdas, welche, was auch kommen möge, so lange dauern werde, bis Frankreich alle Genugtuungen erlange, die es in unbestreitbarer Ausübung seiner Rechte gefordert habe.

Obstruktion im englischen Unterhause.

Im englischen Unterhause trieb die Opposition bei der Beratung über einen Antrag des Premierministers betr. einige Abänderungen der Geschäftsordnung Obstruktion. Der Premierminister teilte am Schlusse der Sitzung mit, er werde am 15. April beantragen, daß die Zeit für die Diskussion der Anträge auf ein bestimmtes Maß beschränkt werde.

Provinzialnachrichten.

* **Merseburg**, 12. April. [Bildung von Schulverbänden.] Das amtliche Schulblatt für den Regierungsbezirk Merseburg veröffentlicht die erste Anweisung zur Ausführung des neuen Schulunterhaltungsgesetzes, wonach die Bildung der Schulverbände und die Regelung des Vermögensübergangs alsbald in Angriff zu nehmen sind.

* **Radewell**, 12. April. [Die Rektorstelle] an unserer Schule, die vor einem Jahre errichtet wurde, ist durch den Weggang des bisherigen Inhabers nach Pankow wieder unbesetzt, soll aber vom 1. Juli ab durch Rektor Thielemann aus Gräfenhainichen verwaltet werden. Gestern wurden zwei neue Lehrkräfte — Lehrerinnen — in ihr Amt eingeführt. Durch Teilung der oberen Klassen nach Geschlechtern sind nun 11 Abteilungen vorhanden. Da aber zu wenig Unterrichtsräume vorhanden sind, mit dem von der Regierung geforderten Erweiterungsbau aber bis zum nächsten Jahre gewartet werden soll, mußte eine Klasse in der Kolonnade des Gasthofs zum „Deutschen Kaiser" untergebracht werden.

* **Calbe**, 12. April. [Unter einem Aschhaufen] des teilweise überschwemmten Schloßangers wurde eine Menge unbestellt gebliebener Postsachen, Briefe, Postkarten, Drucksachen, eine Postanweisung usw. gefunden und von der Postbeat heute geborgen. Ueber 200 Stück Postsachen konnten bereits herausgefischt werden. Die Suche wird durch die Polizei weiter fortgesetzt. Die gefundenen Postsachen tragen den Ausgabestempel vom 31. Dezember 1906, 1. und 2. Januar 1907. Der für den Bestellbezirk in Betracht kommende Briefträger des hiesigen Amts will die Sachen verloren haben.

* **Magdeburg**, 12. April. [Die Stadtverordneten] genehmigten gestern nach den Vorlagen des Magistrats u. a. die Aufstellung des Otto v. Guericke-Denkmals auf dem Platz vor dem neuen Sparkassen-Geschäftsgebäude und des Francke-Denkmals im Mondel des Nordkiedhofs, sowie die Erbauung der ersten Hälfte eines neuen Volksschulgebäudes in der Peter-Paulstraße für 280,000 M.

⊙ **Kelbra**, 11. April. [Lohnerhöhung. — Heidebrand.] Die Arbeiterinnen der hiesigen Domäne weigerten sich, für den bisherigen Tagelohn von 1 Mark weiter zu arbeiten, sie verlangten 20 Pfg. mehr. Schließlich kamen sie mit dem Gutsherrn darin überein, daß sie Winter und Sommer über 1,10 M. erhalten. — Der Rothenburger Förster wurde ein Waldbrand gemeldet; es stellte sich aber heraus, daß die Heide, in der Nähe des Waldes, von den Kulturarbeitern abgebrannt wurde, wobei das Feuer in das Altendorfer Gemeindeholz überging, größeren Schaden aber nicht anrichtete.

* **Erfurt**, 12. April. [Ende der Schneiderausperrung. — Gasvergiftung.] In den Erfurter Betrieben, die mit einer Ausnahme sämtlich von der Aussperrung der Schneider betroffen waren, ist gestern die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. — Als am Mittwoch zu später Abendstunde die am Friedrich Wilhelmsplatz wohnenden Kaufmann Bendalschen Eheleute nach Hause kamen, bemerkten sie einen starken Gasgeruch. Auf dem Sofa lag das 17 Jahre alte Dienstmädchen. Der alsbald herbeigerufene Arzt brachte den städtischen Sauerstoff-Rettungsapparat in Anwendung und vermochte so das Mädchen zu retten.

* **Mühlhausen**, 12. April. [Zur Zwangsversteigerung] kam das Hotel „Schwarzer Adler." Meistbietender blieb die Burgbrauerei mit 115,200 M.

— [Ordensverleihungen] Verliehen wurde: Dem früheren Gemeindevorsteher, Förster Otto Meerwald zu Elend im Kreise Zilleb das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens; dem pens. Kanzleisekretär Hermann Bertmann zu Zeitz, den pens. Oberzollschaffnern Friedrich Stünig zu Braunschweig und Christoph Meyer zu Helmstedt, dem Provinzialchausseewärter Christoph Zwehl zu Gleichelbaumhausen im Kreise Duderstadt, dem Bodenmeister Heinrich Knopf, dem Stellenmeister Karl Ziegenbein sen. und dem Kontrolleur Heinrich Bode, sämtlich zu Debeleben im Kreise Oschersleben, das Allgemeine Ehrenzeichen.

* **Jena**, 12. April. [Oberlandesgerichtsrat Geheimer Justizrat Schäfer-Jena] wurde auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt und der Erste Staatsanwalt Dr. Hausleiten aus Rudolstadt vom 1. April ab zum Rat bei dem gemeinschaftlichen Thüringischen Oberlandesgericht in Jena ernannt.

* **Stadtilm**, 12. April. [Zum Bürgermeister] wurde gestern Stadtsekretär Müller hier gewählt.

* **Friedrichroda**, 12. April. [Spätwinter.] Seit gestern morgen herrscht im nordwestlichen Teile des Thüringer Waldes ein ununterbrochenes Schneetreiben. Berg und Tal sind wieder von Schnee bedeckt und das Gebiet des Inselsberges zeigt wieder die schönste Winterlandschaft. Die Hochflächen des Thüringer Waldes liegen noch immer im tiefsten Winterschlafe. In den höheren Gegenden liegt der Schnee noch meterhoch. Infolge der kalten Ostwinde konnte die warme Frühlingssonne den Schnee auf den Höhen nur langsam zum Schmelzen bringen.

sk. **Leipzig**, 12. April. [Die Stadtverordneten] traten einem Ratsbeschlusse über Errichtung einer Krankenkasse für die städtischen Beamten bei, mit der Maßgabe, daß nicht 30,000 M., sondern nur 10,000 M. der Krankenkasse als zinsloser Betriebsfonds überlassen werden sollen. Gleichzeitig wurde ein Antrag angenommen, die Krankenversicherungspflicht auch auf alle im Kommunaldienst beschäftigten technischen und Bureau-Hilfsarbeiter auszudehnen, soweit diese unter 2000 M. Einkommen haben.

* **Chemnitz**, 12. April. [Ein Automobilunfall] ereignete sich in Röhrsdorf bei der Durchfahrt des Königs. Kurz vor dem ersten der den König begleitenden Automobile wollte der 16jährige Sohn des Gutsbesitzers Robert Richter die Straße passieren. Dabei wurde er von dem Automobil erfaßt und zur Seite gegen einen Steinhaufen an der Straße geschleudert, wo er mit gebrochenem linken Arm und rechten Fuß, sowie einigen leichteren Verletzungen im Gesicht liegen blieb. Ein Chemnitzer Samariter leistete die erste Hilfe. Im Auftrage des Königs, der sein Gefährt halten ließ, erkundigte sich der Adjutant nach dem Vorgang und den Verletzungen und bat, weitere Meldungen nach dem Zentral-Theater in Chemnitz gelangen zu lassen, wohin sich denn auch abends noch ein Samariter mit weiteren Nachrichten über den Vorfall begab.

Standesamtliche Nachrichten.

Standesamt Halle N. (Burgstraße 38), 11. April.

Aufgeboten: Maurer Louis Boettche und Anna Bornschein (Dölauerstr. 19).

Eheschließungen: Fabrikbesitzer Emil Sack und Alice Steinke (Lippe und Lafontainestr. 10). Schuhmacher Otto Hahn und Emma Baatsch (Breitestr. 9 und Mittel-Teutschenthal). Lokomotivheizer Willi Selle und Emilie Gorges (Ackerstr. 2 und Bielen).

Geboren: Müller August Witzenhausen T., Annelieke (Große Gosenstr. 7). Friseur Otto Behrendt S., Helmut (Geistr. 20). Bergmann Ferdinand Flockstedt S., Otto (Seebenerstr. 48).

Gestorben: Arbeiters Albert Kaps T. Anna, 2 J. (Harz 35). Arbeiters Ernst Rauchfuß aus Zickeptau Ehefrau Marie geb. Schmerwitz, 41 J. (Diakonissenhaus).

Standesamt Halle S. (Steinweg 2), 11. April.

Aufgeboten: Arbeiter Friedrich Bothur u. Anna Pietzschker (Schmiedstr. 33 u. 28). Schiffsführer Otto Mockert u. Minna Graefe (Spitze 27 u. Böllbergerweg 20). Zwicker Max Widermann u. Marie Paul (Pegau u. Bärnaffe 2).

Eheschließungen: Buchdrucker Karl Weickardt und Marie Kittler (Kl. Markestr. 17). Oberschlänger Theodor Calper und Elsbeth Spott (Kapellengasse 6 und 7). Schuhmacher Franz Spacek und Minna Hermann (Leipzigerstr. 64). Fabrikant Hermann Kapp und Klara Bastemann (Taubenstr. 9a).

Geboren: Schlosser Hermann Wagner S., Walter (Halenstraße 21). Bureaudiener Heinrich Bartels T., Charlotte (Delitzscherstr. 92) Postassistenten Oswald Glasewald T., Gertrud (Bernhardstr. 54). Arbeiter Karl Glatzel S., Walter (Torstraße 53). Bäckermeister Paul Riese S., Kurt (Volkmannstr. 4). Kassierer Otto Kienberg T., Käthe (Gr. Brauhausstr. 22). Glaser Otto Weber T., Helene (Annenstr. 1). Schmied Karl Hagemann S., Karl (Pfännerhöhe 54). Maurer Friedrich Compart T., Elie (Kl. Klausstr. 11).

Gestorben: Arbeiter Heinrich Pfeifer, 73 J. (Beesenerstr. 10). Pens. Schlosser Friedrich Manchel, 63 J. (Klinik). Lohgeber Ernst Barth, 39 J. (Klinik). Ingenieur Reinhard Streckenbach, 35 J. (Elisabeth-Krankenhaus). Mehlagenten Gustav Barth Ehefrau, Ida geb. Zscharnier, 47 J. (Elisabeth-Krankenhaus).

Auswärtige Aufgebote.

Bautechniker Oskar Balz u. Hermine Rohmberger (Halle a. S. u. Zeitzenroda). Kaufm. Arno Reuter u. Maria Blankenborn (Halle a. S. u. Cobleng-Lützel).

Leitung: Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für den lokalen Teil: Erich Beuthner; für Provinzialnachrichten: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Arthur Ploch; für den Handelsteil: Ernst Böhme; für den Inseratenteil: Carl Romacker; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 10 Seiten. —

Unbehagen und Unpäßlichkeiten der Kinder haben oftmals ihre Ursache in Verstopfung, Verdauungsstörungen und dergl. In solchen Fällen empfiehlt der Hausarzt

Califig (Feigen-Syrup) als mildes und wohlschmeckendes Abführmittel.

Nur in Apotheken erhältlich. Bestandt.: Syr. Fixi Californ. (Speciali Modo California Fig Syrup Co. parat.) 75, Ext. Senn. liqu. 20, Elix. Caryoph. comp. 5.

Friedrichshaller
Deutschlands Bitterwasser
Mild, sicher, prompt.
Bei Trägheit der Verdauung — Hämorrhoiden
Eicht-Fettleibigkeit-Blutwallungen-Leberleiden.

2 der besten
von allen Aerzten glänzend empfohlenen Nähr- und Kräftigungsmittel für Blutarme, Bleichsüchtige, Kranke und Rekonvaleszenten sind
Perdynamin
Perdynamin-Kakao
Verkauf durch die Apotheken in Flaschen und Dosen a 2.50 M.
Fabrikant: H. BARKOWSKI, Berlin O. 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070412020/fragment/page=0003

Brillen! Klemmer!

mit feinsten Kristallgläsern — genau angepaßt —
Nickel, Goldplattiert, massiv Gold, von 1.50, 4.50, 12 ℳ an,
sowie **optische Artikel!** alle
— nur erste Fabrikate —
empfiehlt zu bekannt niedrigen Preisen
Optisches Institut
Carl Schneider,
20 Große Ulrichstraße 20.

Stadttheater Halle a/S.
Sonnabend den 13. April 1907
Vorst. außer Abonnem. Umt. ungültig.
Ein Gartenfest bei der Lust. Witwe.
Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.

Neues Theater
Direktion: E. M. Mauthner
Sonnabend, 13. April, Anfang 8½:
Zum 47. Male: **„Husarenfieber."**
Sonntag 4 Uhr kleine Preise.
Dame von Maxim.

Apollo-Theater
Direktion: **Gustav Poller.**
Das **Tagesgespräch**
von Halle bildet das Gastspiel des weltberühmten italienischen Verwandlungs-Schauspielers
Constantino Bernardi.
Das Gastspiel dauert **unwiderruflich** nur bis zum **15. April.**
Sämtliche europäische Zeitungen bezeichnen
Bernardi
als
Phänomen
des XX. Jahrhunderts.

Süssmilch's Walhalla-Theater,
Jeden Abend
Elite-Specialitäten Vorstellung.
Siehe Plakatsäulen!
An den Wochentagen:
Saal 65 Pf., Galerie 35 Pf.
Vorverkauf gültig.

Auswärtige Theater.
Sonnabend den 13. April 1907.
Dessau. Hoftheater: Prexiosa.
Erfurt. Stadttheater: Bocccrat.
Leipzig. Neues Theater: Der große Pfal. — Altes Theater: Die lustige Witwe. — Leipziger Schauspielhaus: Ein Puppenheim. (Nora.) — Neues Operetten-Theater (Central-Theater): Bergeltsgott.
Magdeburg. Stadttheater: Salome.

Sing-Akademie.
Dienstag den 16. April, abends 8 Uhr, **Uebung für Damen** im **Saale der Volksschule.**
Wegen nahe bevorstehender Aufführung allseitiges Erscheinen erbeten.
Anmeldungen neuer singender Mitglieder bei dem Königl. Universitäts-Musikdirektor Hrn Professor Rembke, Bernburgerstr. 30, vorm. 10—11 Uhr.

Kegelklub
nimmt für Mittwoch noch einige Herren als Mitgl. auf. Bahn: Aktienbrauerei. Gefl. Meldg. unt. **B. D. 3118** an Rud. Mosse, Halle S.

Stadt-Theater in Halle a. S.

Sonnabend, den 13. April 1907
zum Besten der Pensionskasse des Stadt-Theaters

Ein Garten-Fest bei der lustigen Witwe.

Vorstellung bunten Inhalts, u. a.: **Die schöne Galathé,** Operette von Suppé, **Konzert-Einlagen** unter Mitwirkung des gesamten Personals!! **Lieder-Vorträge: Walter Soomer** (Leipzig), **Leopold Demuth** (Wien), **Emmy Destinn** (Berlin), **Geraldine Farrar** (Berlin)!! **Traum eines Hallenser Backfisches. — Die lustige Witwe in ihrer 2. Ehe.** (Fortsetzung der Operette) u. v. a. m.

Würstelbude, Sektzelt, Würstelbude, Bierbüfett 2c. 2c. mit festgesetzten Preisen.

Anfang 8 Uhr. **Ende 2 Uhr.**

Anzug: Frühjahrs- oder Gesellschaftstoilette.

Preise der Plätze:

Prosz.-Loge	6.—	Parkett	3.—	II. R. H.	—.75
I. Ra. Balkon	4.—	Parterre	2.—	II. L. R.	—.50
Loge	5.—	II. R. B.	1.50	III. R.	1.—
Orchester	4.—	II. R Loge	1.50	Gallerie	—.50

Zuzahlung vom II. Rang nach den unteren Räumen 1 Mk.

Von der **Uebernahme** des so herrlich am Saalestrande gelegenen Etablissements

„Felsenburgkeller"

beehre ich mich ein geehrtes hiesiges und auswärtiges Publikum in Kenntnis zu setzen, mit der Bitte um recht zahlreichen Besuch.

Hochachtungsvoll

Paul Haase.

Zu haben bei

S. Weiss, am Markt.

Gasherde

„Prometheus" und „Victoria" sind praktische, sparsame und elegante Gasherde zum Kochen, Braten, Backen Plätten.

Einteilige Kocher 1—5 Mark. Zweiteilige Kocher 6. 9—25 Mark. Dreiteilige Kocher 12. 20—35 Mark.

Komplette Gasherde mit 2 Koch- und Wärmstellen mit Bratofen 45, 60—150 Mark.

Wilh. Heckert, Gr. Ulrichstr. 57.

Schulbücher in neuesten Auflagen,
Schreib- und Zeichenbücher,
Schiefertafeln, Rechenmaschinen, Federkasten,
Reißzeuge, Reißbretter, Reißschienen,
sowie sämtliche
Schul-, Schreib- und Zeichenmaterialien
empfiehlt zu **billigsten** Preisen
Albin Hentze, Halle a. S., 24 Schmeerstr. 24.
M. d. R.-Sp.-V.

Konkursmasse.

Die zur **Jassy & Springer'schen Konkursmasse** hier gehörigen **Außenstände** in Merseburg, Eisenach und Eisleben, im Betrage von zirka **Mk. 15.000,** sollen zusammen oder stückweise bei annehmbarem Gebot verkauft werden. Schriftliche Gebote sind bei mir bis zum 16. d. Mts. abzugeben, die Bücher und Verkaufsbedingungen können bei mir vormittags 10—12 Uhr eingesehen werden.

Ferd. Wagner, Konkursverwalter, Halle a. S., Königstraße 15.

Mittwoch den 17. d. Mts.

treffen in großer Auswahl **ostpreußische Reit- u. Wagenpferde** sowie Ponys bei mir ein.
Halle a. S., Delitzscherstraße 8. Tel. 2021.
Fr. Zwickert.

Von der Reise zurück.
Professor Braunschweig,
Augenarzt.

Impfe
täglich von 3—4 Uhr.
Dr. Flemming.

Privat-Tanzunterricht erteilt ungeniert zu jeder Zeit **Ad. Pröba,** L. Wuchererstr. 40 p.

Dampf- und Motor-
Wäscherei-Einrichtungen
für gewerbliche Zwecke, Wäschefabriken, Krankenhäuser u. Sanatorien, Hotels 2c. liefert in modernsten Konstruktionen entspr. Katalog gratis
Maschinen-Industrie Hugo Jonas, Magdeburg.
Tücht. Vertreter gesucht.

Sammelt

leere Packungen von
Liebig's
Backpulver
Puddingpulver
Vanillinzucker
etc.
Sie erhalten dafür einen silb Löffel od eine Broche oder eine Remontoir-Uhr.
Zu haben bei: **F. H. Weber.**

Lokalverband Hallescher Kegelklubs.

Fortsetzung des öffentlichen Geldpreiskegelns **am Sonntag, den 14. April cr.** auf den Bahnen der **Aktienbrauerei** von 12 Uhr ab. **Große Geldpreise. Höchste Würfe bis jetzt:** Dauerbahn **66** Holz, Punktbahn **23** Holz; Taler-bahn **31** Holz. Alle Freunde des Keglersports werden zur Beteiligung freundlichst eingeladen. **Der Vorstand.**

Internationale Sport-Ausstellung

in Berlin vom 20. April bis 5. Mai.

Lose à 1 M., 11 St. 10 M. (Porto und Liste 20 Pfg. extra.) | **Ziehung am 6. Mai in Berlin.** 100 000 Lose.

2444 Gewinne im Werte von zusammen

40000 M.

Hauptgewinne: **10000, 5000, 3000,** 2×1000=**2000,** 4×500=**2000,** 5×200=**1000** etc.

Marienburger Pferde-Lotterie

Lose à 1 M., 11 St. 10 M. (Porto und Liste 20 Pfg. extra.) | **Ziehung am 8. Mai** 2451 Gewinne im Werte von

69000 M.

Hauptgewinne: **10000, 4800, 3500, 2500, 2000, 1200** etc.

Lose bei: **Königl. Lotterie-Einnehmern** und in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

Wo nicht, versendet diese Lose die **Lose-Vertriebs-Gesellschaft Königl. Preuss. Lotterie-Einnehmer G. m. b. H., BERLIN, Monbijouplatz 1.**

Von **täglich frisch eintreffenden Sendungen** empfehlen wir:

Frische Gartenerdbeeren, frischen Spargel,
prachtvolle Madeira-Ananas, Tafelbirnen u. Aepfel, Weintrauben, frischen Waldmeister, engl. Salatgurken, Radies, Endivien, Tomaten, Münch. Bierrettiche, Maronen, Teltower Rübchen, neue franz. u. Malta-Kartoffeln, delikate Matjes-Heringe,
frische Morcheln, Kiebitzeier.
prima Astrachan- u. Kaiser-Malosol-Auslese-Kaviar, fetttriefenden Rhein- u. Weser-Lachs, geräuch. Elbaale, Seehasen, Flundern, Kieler Sprotten u. Schleibücklinge.
alle Sorten Geflügel u. Wild,
Zuckersüsse Apfelsinen und Blutorangen

mittelgrosse	grosse	grosse Messina	dunkelrote Blutorangen
Dtzd. **0.60**	Dtzd. **0.80**	Dtzd. **1.00**	Dtzd. **1.30**
100 St. **4.75.**	100 St. **6.25.**	100 St. **8.00.**	100 St. **10.25.**

Grosse beste Messina-Zitronen Dtzd. **0.70,** 100 St. **5.50.**

Braunschw. Gemüse-Konserven, Rhein. Kompottfrüchte und alle Sorten Fisch-Konserven zu besonderen Vorzugspreisen.

Nur feinste Qualitäten, billigste Preise.
Wir bitten die Auslagen in unseren Schaufenstern zu beachten.

Pottel & Broskowski.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070412020/fragment/page=0004